Ueber die Parteizugehörigkeit, ob er ein Nazi- oder Schufo-Mann ist, liegen widersprechende Meldungen vor.

Darüber hinaus beginnt jetzt der Staatsapparat mit Verbotsaktionen, die sich ganz offen lediglich gegen die revolutionären Organisationen richten. Aus Danzig erfahren wir folgendes:

Der Danziger Senat hielt der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund folgenden Beschluß zugehen:

„Die Danziger Arbeiterzeitung, das Organ der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes Danzig, vom 18. Februar, fordert in mehreren Artikeln offen zum Ungehorsam gegen die Gesetze, zum Steuerstreik, zur Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates und zur Errichtung einer Sowjetmacht, sowie Schaffung einer Roten Armee und Vorbereitung einer Volksrevolution auf. Auch zu Massenstreiks wird aufgerufen. Deshalb werden Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel, die von der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund veranstaltet werden, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis auf weiteres verboten."

Gestern kam es, sofort nach Bekanntwerden des Senatsbeschlusses, zu spontanen Erwerbslosendemonstrationen. Sämtliche uniformierten und dekorierten Nationalsozialisten, die sich auf der Straße sehen ließen, wurden durch Arbeiter verprügelt und verjagt. Der Senat, der einen Aufruf des Land- und Holzarbeiterverbandes „Rüstet zum Massenstreik!" wegen Hochverrats gerichtlich verfolgen läßt, will durch brutale Gewaltmaßnahmen die Massenstreikbewegung der Land-, Bau-, Hafen- und Drechslerholzarbeiter verhindern. Des weiteren richtet sich diese Aktion gegen den Massenkampf der Erwerbslosen und gegen die Kommunistische Partei, sowie gegen den RGO, deren Masseneinfluß fortgesetzt steigt und die von Tag zu Tag zunehmen.

In Stuttgart überfiel die Polizei einen kommunistischen Demonstrationszug. Als Antwort auf den Faschingsrummel einer Zahl mit großem Halunkereg mit sich führte, um denselben offenlich zu verbrennen. Die Polizei erhielt jedoch dabei eine schwere Abreibung und mußte 15 Verletzte buchen.

Die Abwehrbewegung der Arbeiter gegen die faschistische Pest wird sich nicht durch die Instanzen des faschistischen Staatsapparates der Brüning-Republik eindämmen oder die Machtkämpfe verschleiern lassen. An dieser Abwehrfront werden alle zu stehen, die diesen Kampf zu verhindern oder zu sabotieren versuchen.

Gefälschte Protokolle im Leipziger Prozeß

(Drahtbericht unseres Berichterstatters)

Leipzig, den 19. Februar.

Nach mehrstündiger Beratung und Vernehmung des Angeklagten Wagner in der gestrigen Verhandlung im Waffenprozeß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gestern 13.30 Uhr das Publikum wieder zugelassen. Die gestrige Verhandlung hat wiederum gezeigt, mit welchen Methoden die verhafteten Genossen von der Polizei vernommen worden sind und wie die Protokolle geradezu den Wünschen der Untersuchungsrichter gerechtgemacht wurden. Wagner sprach lebhaft, manchmal leidenschaftlich aufgeregt, wenn er gegen die Entstellung der Protokolle protestierte. Schon damals hatte er gegen die Abfassung der Protokolle Beschwerde geführt und darauf hingewiesen, daß die Protokolle an Gerichtsstelle falsch ausgelegt worden seien. Selbstverständlich war seine Beschwerde zwecklos und in der gestrigen Vernehmung zeigte sich in der Tat, daß man versuchte, Wagner andere Aussagen zu unterschieben, um die Kommunistische Partei als Urheberin und als treibende Kraft in dieser Affäre hinzustellen und zu belasten. Aber klar hat auch die gestrige Vernehmung sowohl von Wagner als auch von Döring gezeigt, daß dies lediglich eine Konstruktion der Anklagebehörde ist. Der weitere Verlauf der Verhandlung wird das noch klarer erweisen.

Tschechische Textiler siegen durch Streikbeschluß

Der „Rote Vorwärts", kommunistisches Tageblatt für Nordböhmen, berichtet:

Die Textilfirma Preißler in Proschwitz bei Reichenberg (Tschechoslowakei) diktierte vergangene Woche einen Abbau der Akkordlöhne um 20 Prozent. Die Arbeiterschaft nahm in einer Betriebsversammlung dazu Stellung und beschloß, wenn die Firma auf ihrem Diktat beharrt, in den Streik zu treten.

Dieser Beschluß wurde über Weisung des Roten Textilarbeiterverbandes gefaßt, während die Vertreterin der reformistischen Union Verhandlungen der Vertragsgewerkschaften mit der Firma vorschlug.

Wir erhalten nun die Mitteilung, daß die Firma den Lohnabbau zur Gänze zurücknahm. Dieser Rückzug der Firma ist nur auf die Kampfbereitschaft, die einmütige geschlossene Haltung, die durch den Streikbeschluß zum Ausdruck gebracht wurde, zurückzuführen.

Sowjetarbeiterkorrespondenten vor die Front!

Eine Konferenz für den sozialistischen Aufbau

Moskau, Mitte Februar.

Im Zentralhaus der Roten Armee tagt eine bedeutungsvolle Konferenz. Die Redaktion der „Prawda" hat die Arbeiterkorrespondenten der Stoßbrigaden und Kollektivbauern zusammengerufen, um den weiteren Vorstoß an der Front des sozialistischen Aufbaues zu organisieren. Der internationale Charakter dieser Konferenz kam nicht nur bei der Wahl des Ehrenpräsidiums zum Ausdruck, in das u. a. Genosse Thälmann und der französische Abgeordnete Marty gewählt wurden, sondern auch durch Ansprachen von Vertretern der Komintern und der ausländischen Presse. Für die Arbeiterkorrespondenten der Berliner „Roten Fahne" erklärte Genossin Martha Schmidt die enge Verbundenheit des revolutionären deutschen Proletariats mit dem sozialistischen Aufbau der Sowjetunion.

„Brüningfront: SPD bis Treviranus"

Eingeständnisse der „linken" Helden / Die Edel und Seydewitz mit in der Brüningfront!

In der letzten Nummer des „Klassenkampf" schreibt der „linke" Seydewitz:

„Die Auseinandersetzung um das Ermächtigungsgesetz und um die Regierung Brüning ist in dieser Reichstagsoffizingsperiode sehr schnell zurückgetreten hinter den Kampf um die Aenderung der Geschäftsordnung. In diesem Kampf um die Geschäftsordnung hat sich eine „feste" Front herausgebildet, die auch von einigen Parteiblättern als die „Brüning-Front" bezeichnet wurde, und die von den Volkskonservativen bis zu den Sozialdemokraten reicht. . . . Es darf nicht übersehen werden, daß die jetzt vorgenommenen Aenderungen der Geschäftsordnung durchaus nicht sozialdemokratischen Prinzipien entsprechen, daß vielmehr die neue Bestimmung im § 46a der Geschäftsordnung die Rechte der Volksvertretung zugunsten der Regierungsmacht nicht unwesentlich einschränkt und damit auch den Sozialdemokraten die Einbringung von sozialen Anträgen im Interesse der unteren Volksschichten erschwert."

Und in einem anderen Artikel schreibt der „linke" Eckstein:

„Wie andere Ereignisse der letzten Zeit, zeigen die Verhandlungen zur Revision der Geschäftsordnung, daß man zur angeblichen Rettung der Demokratie die demokratischen Rechte preisgibt. Es hat schon mancher aber Schaden genommen, wenn er den Teufel mit Beelzebub austreiben wollte."

Wichtig ist das Eingeständnis der „linken" Helden, daß **die Zustimmung der SPD zu der neuen Diktaturgeschäftsordnung eine reaktionäre Handlung ist, und daß von der SPD bis zu den Volkskonservativen eine reaktionäre Brüning-Front besteht.** Diese Feststellung nehmen die Arbeiter zur Kenntnis. Die „radikalen" Töne der „linken" SPD-Führer sind allerdings keinen Pfifferling wert; sie erfolgen lediglich auf Grund der ehrlichen radikalen Stimmung der sozialdemokratischen Proletarier. Die „linken" Führer gehören mit zur Brüning-Front; das ist z. B. auch durch die Erklärungen der „linken" Wendel und Edel auf dem Dresdner ADGB-Parteitag der SPD letzten Sonntag bestätigt worden, die sich ausdrücklich für „Tolerierung", d. h. für eine Unterstützung Brünings ausgesprochen haben. Die sozialdemokratischen Proletarier aber wollen nicht in der Brüning-Front sein, und deshalb kann ihr Platz nur in der roten Front sein, Seite an Seite mit den Kommunisten, im gemeinsamen Kampfe gegen die Brüning-Front, die von Seydewitz-Edel bis Treviranus reicht.

Komödie der Dresdner ADGB-Führer

Die gestrige Funktionärversammlung, die der ADGB einberufen hatte mit dem pompösen Thema „Die Putschabsichten der Faschisten und die Aufgaben der Gewerkschaften" bewies, daß es den ADGB-Führern nur um eine Komödie zu tun war. Trotzdem das Interesse der Arbeiter sehr groß war, so daß eine Parallelversammlung durchgeführt werden mußte, wurde lediglich ein instruktiver Vortrag gehalten und aus Furcht vor der wirklichen Auffassung der Arbeiter und der RGO keine Diskussion zugelassen! Sehr viele der Anwesenden drückten in Gesprächen ihre Empörung darüber aus.

Neues freches Lohnraub-Manöver

Fünftagewoche — doppelter Lohnraub!

Die „linke" SPD-Presse deckt alles

Das Unternehmertum und die ihm gefügige Presse überbieten sich in Betrugsmanövern zur Erleichterung der Lohnabbauoffensive. Der Schwindel von der „Fünftagewoche" wird immer stärker in den Vordergrund gedrängt. Triumphierend berichten die kapitalistischen Zeitungen von dem „gelungenen" Manöver, 130 000 Berliner Metallarbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Instanzen gezwungen zu haben, auf ein Zehntel ihres ohnehin menschenunwürdigen Lohnes zu verzichten, angeblich, um Arbeitslose einzustellen. Aehnliches wird bereits durchgeführt in Leuna, durch Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit in der Zigarettenindustrie und auf der Howaldswerft in Kiel. Diese „arbeiterfreundliche" Regelung ist nichts anderes als eine Verdoppelung des Lohnraubes an den Arbeitern, denen erst die Stundenlöhne prozentual gekürzt wurden und denen jetzt auch noch der Gesamtverdienst beschnitten wird, während die Unternehmer dasselbe Quantum Arbeit statt in 48, nunmehr in 40 Stunden zusammenpressen.

Mit frecher Demagogie hat man die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Arbeitszeitregelung, die unter dem Namen der Fünftagewoche die Arbeiter aller Länder aufmerken ließen, benutzt, um unter demselben Namen mit kapitalistischem Inhalt eine „Fünftagewoche" mit Lohnraub, statt mit Lohnerhöhung durchzuführen. Allein die bisherigen Ergebnisse bei der Howaldswerft in Kiel beweisen nach den Angaben der Vossischen Zeitung, daß jeder dort beschäftigte Arbeiter pro Tag 1,13 RM verliert, das bedeutet angesichts der längst unter das Existenzminimum gesenkten Löhne eine ungeheure Verschlechterung. Um die Frage des Lohnausgleichs geht es nämlich. Sie ist entscheidend für die Arbeiter und die Erwerbslosen.

Senkung der Arbeitenden auf das Niveau der Erwerbslosenlebenshaltung und Einbeziehung von noch einigen tausend Erwerbslosen auf demselben Niveau in die kapitalistische Tretmühle, die dann die Unternehmerprofite auf ihre und ihrer Kollegen Kosten weiter steigern helfen — das ist kein Erfolg, sondern eine schwere Schädigung der gesamten Arbeiterschaft.

Die Schande der SPD-Presse

Das Bezeichnendste dabei ist, daß das Stichwort für diesen unerhörten neuen Anschlag auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse wiederum die sozialfaschistisch-reformistische Bürokratie gegeben hat. Der Amsterdamer Pensenklüngel hat das als „internationale Aktion" gefordert, aber ohne Lohnausgleich.

Die sächsische, also „linke" SPD-Presse, wagt es, diesen arbeiterfeindlichen Anschlag folgendermaßen zu bestreiten:

„Ein gewerkschaftlicher Erfolg"

„Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden — allerdings ohne Lohnausgleich"

Dieser letzte Nachsatz ist das Unverfrorenste was sich angeblich Arbeitervertreter in dieser Frage leisten können. Gerade um den Lohnausgleich geht es. Nur damit könnte eine weitere Schädigung und Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeitslosen unterbunden werden. Ohne Lohnausgleich bedeutet die Fünftagewoche doppelte Lohnsenkung, Verschärfung des Arbeitstempos und keine Verbesserung und wirkliche Arbeitsmöglichkeit für die Massen der Erwerbslosen. Das wissen die sozialdemokratischen Redakteure ebenso gut wie die reformistischen Bonzen — aber sie preisen einen Betrug als „Erfolg" — denn er ist eine neue Profitquelle fürs Kapital, also auch für seinen Staat, dem sie sich und ihrem Organisationsapparat auf Tod und Leben verbunden fühlen.

Manöver gegen den 25. Februar:

Es ist aber auch kein Zufall, daß gerade vor dem 25. Februar, dem internationalen Weltkampftag der Erwerbslosen, dieser Fünftagewoche-Lohnraub in der Kapitalspresse steigt. Man will die Front der Erwerbslosen zersplittern, man bildet sich ein, die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden hetzen zu können und die Arbeitenden durch die Erwerbslosen unter Druck zu setzen, sie noch wehrloser der Peitsche des Kapitalismus ausliefern zu können. Daß dieses Manöver auch von der linken SPD-Presse rückhaltlos durchgeführt wird, ja, hier noch in besonders frecher Form, das alles kennzeichnet die Aufgabe, die den revolutionären Klassenorganen, der RGO, den Erwerbslosenausschüssen, mit der Bekämpfung des neuen Verwirrungsversuchs erteilt. Kein Betriebsarbeiter, kein Erwerbsloser darf diesem raffinierten Schwindel zum Opfer fallen.

Voller Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit! Das ist die Losung der Arbeiterklasse gegen den Fünftageschwindel der Bourgeoisie und der Reformisten!

Am 25. Februar demonstrieren die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gemeinsam für diese Kampfforderung der gesamten Arbeiterklasse!

Der Buchdruckerstreik greift nach Berlin über

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Belegschaft der Buchdruckerei Maurer & Dimmick in Berlin, Köpenicker Straße 36/38, ist gestern nachmittag in den Streik getreten. Die Belegschaft ist nicht gewillt, sich auch nur den geringsten Lohnabbau gefallen zu lassen. Das Angebot der Geschäftsleitung, statt der vom Schlichter diktierten 6 Prozent nur 4 Prozent Lohnabbau vorzunehmen, lehnte die Belegschaft entschieden ab und beschloß daraufhin bei einer Belegschaftsstärke von 250, gegen 14 Stimmen in den Streik zu treten. Die gesamte zweite Schicht nahm die Arbeit nicht mehr auf. Diesem Beispiel, das die Belegschaft von Maurer & Dimmick gibt, werden sich die Belegschaften der Berliner graphischen Betriebe anschließen müssen.

*

Königsberg, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach wie vor ist die Streiklage im Kampf der Buchdrucker in Königsberg günstig. Kein Buchdrucker leistet Streikbruch. Die Erwerbslosen erklären sich völlig solidarisch. Die bürgerlichen Zeitungen geben gemeinsam eine Notzeitung heraus, die von Direktoren und ebenso Angestellten hergestellt wird. Die Bürokratie des Gesamtverbandes denkt aber nicht daran, die Zeitungsleser für einen Solidaritätsstreik zu mobilisieren.

Gehörst du zum Herdenvieh Hitlers?

„Es ist schwer, einen einzelnen durch vernünftige Ueberlegung (!) zum Nationalsozialismus zu bringen. In einer Massenversammlung dagegen braucht man den Gegner nicht zu überzeugen, sondern nur zu überschreien und mitzureißen. Der Mensch ist ein Herdentier, er brüllt mit, wenn Tausende dasselbe brüllen."

„Laß dich nie in Diskussionen (!) ein; das ganze System könnte dabei ins Wanken (!) kommen! Und sei nicht kleinlich in bezug auf Wahrhaftigkeit. Eine kleine Lüge zur rechten Zeit kann von ungeheurem Vorteil sein."

Das hat Adolf Hitler erklärt

In seinem Buch „Mein Kampf" kann man diese Ausführungen auf Seite 98 und 121 nachlesen. Willst du zu den Herdentieren Hitlers gehören, die ohne vernünftige Ueberlegung mitbrüllen?

Heraus aus der NSDAP! Hinein in die KPD!
Lest und werbt für die kommunistische Presse!